# Stenographisches Protokoll.

## 5. Sitzung der I. Session der IV. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

### Donnerstag, den 21. März 1946.

## Inhalt.


1. Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten (S. 37).

2. Mitteilung des Einlaufes (S. 37).

3. Verhandlung:

Antrag des Wirtschaftsausschusses, betreffend den Zugsverkehr zwischen Wien—Krems und Hadersdorf—Siegmundsherberg. Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 38); Redner: Abg. Koppensteiner (S. 38), Abg. Buchinger (S. 39) und Abg. Zach (S. 39), Abstimmung (S. 39).

Antrag des Wirtschaftsausschusses, betreffend den Zugsverkehr auf der Nordbahn- und Nordwestbahnstrecke. Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 39), Abstimmung (S. 40).

Beantwortung des Landeshauptmannes der Anfrage der Abg. Kaindl, Marksteiner, Zach, Endl, Wallig und Genossen, betreffend die Auszahlung der Pensionen an die Lehrerpensionisten von Niederösterreich (S. 40).

Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Steingötter, Mentasti, Kren, Gruber, Kuba und Genossen, betreffend Maßnahmen zur Sicherung einer ausreichenden Ernährung der niederösterreichischen Bevölkerung. Begründung der Dringlichkeit (S. 40), Abstimmung über die Dringlichkeit (S. 40), Berichterstatter Dr. Steingötter (S. 40 und S. 53); Redner: Abg. Tesar (S. 44), Landesrat Abg. Genner (S. 45), Abg. Mentasti (S. 47), Abg. Zach (S. 48), Abg. Kren (S. 50), Landesrat Abg. Steinböck (S. 51), Abstimmung (S. 53).


---

PRÄSIDENT *(nach Eröffnung der Sitzung) um 10 Uhr 22 Min.)*: Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegen; es ist unbeanständet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten. Von der heutigen Sitzung hat sich Herr Abgeordneter Glaninger wegen Krankheit entschuldigt.

Die restlichen Geschäftsausschüsse des Landtages haben sich am 18. Jänner 1946 wie folgt konstituiert:

Bauausschuß: Obmann: Dienbauer Josef, Obmannstellvertreter: Nimetz Konrad, Schriftführer: Zettl Andreas.

Fürsorgeausschuß: Obmann: Findner Heinrich, Obmannstellvertreter: Steirer Johann, Schriftführer: Staffa Franz, Riefler Ferdinand.

Wirtschaftsausschuß: Obmann: Tesar Johann, Obmannstellvertreter: Gruber Franz, Schriftführer: Wallig Otto, Stern Heinrich.

Der Finanzkontrollausschuß hat in seiner konstituierenden Sitzung am 18. Jänner 1946 zu Schriftführern die Herren Abgeordneten Mitterhauser Fritz und Gaßner Josef gewählt.

Das Verzeichnis der Geschäftsausschüsse liegt auf den Plätzen der Herren Abgeordneten auf, ebenso das Verzeichnis des Finanzkontrollausschusses, des Kuratoriums der Hypothekenanstalt, ferner die Verzeichnisse der Nationalräte für Österreich und separat für Niederösterreich und das Verzeichnis der Bundesräte für Österreich.

Ich ersuche nun um Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer KAINDL *(liest)*:

Anfrage der Abgeordneten Mentasti, Nimetz, Vesely, Buchinger und Genossen, betreffend Anmaßung öffentlichen Charakters durch die Ortsbauernräte.

Anfrage der Abgeordneten Marchsteiner, Kaindl und Genossen, betreffend Revision der niederösterreichischen Landtagsabgeordneten durch Polizeiorgane.

Antrag der Abgeordneten Kaindl, Riefler, Findner, Zach und Genossen, betreffend die Anforderung von Kleidungsstücken zur Abgabe an bedürftige Arbeiter in industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben Niederösterreichs.

Antrag der Abgeordneten Zettl, Gaßner, Kren, Wondrak und Genossen, betreffend Grundbesitz von Bauern der Stadt Gmünd in der ČSR.

Antrag der Abgeordneten Staffa, Hölzl, Nimetz, Grafeneder und Genossen, betreffend Einverleibung der Ortsgemeinde Neudörfl, politischer Bezirk Mattersburg, Burgenland, in das Land Niederösterreich, politischer Bezirk Wiener-Neustadt-Land.

Antrag der Abgeordneten Gruber, Stern, Dr. Steingötter, Steirer und Genossen, betreffend Zusammenlegung der beiden Gemeinden Ulmerfeld und Hausmening im Bezirke Amstetten zu einer Gemeinde unter dem Namen Ulmerfeld.

Antrag der Abgeordneten Gruber, Stern, Dr. Steingötter, Steirer und Genossen, betreffend Ausreihung der Gemeinde St. Georgen am Ybbsfeld aus dem Bezirke Melk und Einreihung in den Bezirk Amstetten.

Antrag der Abgeordneten Gruber, Stern, Dr. Steingötter, Steirer und Genossen, betref-

fend Eingemeindung des Ortes Neufurt in die Gemeinde Ulmerfeld-Hausmening im Bezirke Amstetten.

Antrag der Abgeordneten Grafeneder, Mentasti, Staffa, Vesely und Genossen, betreffend Gefährdung der Schwarzföhrenbestände als wichtige Rohstoffbasis im Gebiete des Grünbacher Kohlenwerkes.

Antrag der Abgeordneten Riefler, Mitterhauser, Naderer und Genossen, betreffend Schleich- und Tauschhandel mit Baumaterialien.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Doktor Steingötter, Mentasti, Kren, Gruber, Kuba und Genossen, betreffend Maßnahmen zur Sicherung einer ausreichenden Ernährung der niederösterreichischen Bevölkerung.

PRÄSIDENT: Der Dringlichkeitsantrag wird am Schlusse der Sitzung verhandelt. Wir gelangen nun zur Beratung der Tagesordnung und ich ersuche den Herrn Abg. Kuchner, seinen Bericht zu Zl. 25 zu erstatten.

Abg. KUCHNER: Ich habe namens des Wirtschaftsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Riel, Ing. Kargl, Steinböck, Endl, Schöberl, Wallner und Genossen, betreffend den Zugsverkehr zwischen Wien—Krems und Hadersdorf—Siegmundsherberg zu berichten:

Der Antrag lautet *(liest)*:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landeshauptmannschaft wird gebeten, bei der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen dahin zu wirken, daß ehestens

a) ein, wenn auch noch so beschränkter, Zugsverkehr zwischen Wien—Krems, ferner

b) zwischen Hadersdorf—Siegmundsherberg eingeführt werde, allenfalls durch Triebwagen, wobei mit der Unterstützung der Roten Armee auf Grund ihrer Zusicherung zu rechnen wäre."

Zur Begründung wird darauf verwiesen, daß das Kamptal und die Wachau seit mehr als acht Monaten von jeder Eisenbahnverbindung mit Wien abgeschnitten sind und wirtschaftliche Notwendigkeiten und unabweisbare kulturelle Bedürfnisse (Schulbesuch) eine Beseitigung oder doch Milderung des gegenwärtigen Zustandes fordern.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Debatte und erteile dem Herrn Abg. Koppensteiner das Wort.

Abg. KOPPENSTEINER: Hoher Landtag! Es liegt hier ein Antrag vor, der auf einer Bahnlinie den Verkehr so regeln soll, wie es den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung entspricht. Die sozialistische Fraktion wird für diesen Antrag stimmen, so wie sie überhaupt für alle Anträge stimmen wird, die auf eine Verbesserung des Verkehres abzielen. Wir sind aber der Meinung, daß die Sache nicht verzettelt werden soll, sondern daß man vielleicht bei einer der nächsten Beratungen das Gesamtverkehrsproblem auf den österreichischen Bahnen beraten und einer Regelung zuführen soll. Wie notwendig eine Regelung des Verkehres, ganz besonders des Personenzugsverkehres auf allen Eisenbahnlinien ist, möchte ich Ihnen nur an einem Beispiel vor Augen führen. Auf der Linie Wien—Bruck an der Leitha der Ostbahn verkehrt nur ein Zug von Wien nach Bruck an der Leitha und wieder zurück. Der Verkehr dieser beiden Züge ist aber so, daß die Bevölkerung von ihm nichts hat. Der eine Zug verkehrt nämlich von Wien hinaus so, daß er um halb 9 Uhr vormittags nach Bruck an der Leitha kommt und der Gegenzug verkehrt so, daß er um viertel 4 Uhr nachmittags von Bruck an der Leitha abgeht und abends nach Wien kommt. Es können also diese beiden Züge weder von den Arbeitern, die zur Arbeit, noch von den Angestellten, die in ihre Ämter fahren wollen, benützt werden. Sie können aber auch von den Schülern und von den Lehrlingen, die in die Schule oder in die Lehre zu ihren Betriebswerkstätten fahren sollen, nicht benützt werden. Auch von Menschen, die in der Wirtschaft stehen, ganz besonders von den Leuten des Handels und Gewerbes, die nach Wien einkaufen fahren sollen, können diese Züge nicht benützt werden. Auf der genannten Strecke wohnen viele Arbeiter, die schon seit Jahren in Wien in verschiedenen Betrieben tätig waren, darunter hochqualifizierte Spezialarbeiter, die nun nicht zu ihren Betrieben kommen können, weil kein entsprechender Zugsverkehr vorhanden ist. Wir haben auch Hunderte von Schülern, die seit Jahren entweder in den Wiener Mittelschulen oder in den verschiedenen Fachschulen ihr Studium begonnen haben und es nun nicht weiterführen können. Aber auch Lehrlinge, die in Wiener Gewerbebetrieben zu lernen angefangen haben, haben nun ihre Lehre und Arbeit unterbrechen müssen und können sie nicht fortsetzen. Was den Handel und das Gewerbe betrifft, ist es dasselbe. Wenn ein Zug um viertel 4 Uhr nach Wien fährt, kommt er abends hier an, die Leute können abends nicht mehr zurückfahren, müssen also in Wien zweimal übernachten, wenn sie hier etwas besorgen wollen.

Ich beantrage daher, daß im Anschlusse an den vorliegenden Antrag auch die Lösung des Verkehrsproblems auf der Ostbahnstrecke Wien — Bruck an der Leitha erfolgt und stelle zu diesem Zwecke folgenden Antrag *(liest)*:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird ersucht, mit den zuständigen Bahnbehörden und Kommandostel-

len der Besatzungstruppen zu verhandeln und dabei zu erwirken, daß auf der Ostbahnstrecke Wien—Bruck an der Leitha und zurück täglich zwei Zugpaare eingerichtet werden.

Ein Zug in der Früh von Wien nach Bruck und ein Zug zur gleichen Zeit von Bruck nach Wien, und zwar so, daß diese beiden Züge sowohl für Arbeiter- und Angestellte, für Schüler und Lehrlinge sowie für Handels- und Gewerbetreibende günstige Abfahrten und Ankunftszeiten haben. Am Abend sollen diese Züge in der umgekehrten Richtung so gelegt werden, daß die oben genannten Benützer wieder an den Wohnort günstig zurückfahren können."

Ich bitte das Hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen. Die Landesregierung ersuche ich aber, Vorbereitungen zu treffen, daß das ganze Verkehrsproblem, das wirklich dringend einer Lösung bedarf, vorberaten und einer Regelung zugeführt wird, damit es der gesamten Bevölkerung zunutze kommt. *(Beifall.)*

Abg. BUCHINGER: Hohes Haus! Ich schließe mich dem Antrage meines Herrn Vorredners an und möchte ersuchen, daß auch auf der Südbahnstrecke die Verkehrsverhältnisse verbessert werden. Die Bevölkerung von Mödling ersucht seit Monaten um Verbesserung des Verkehres. Es verkehren nur wenige Züge. Es könnte im Einvernehmen mit den Besatzungstruppen wenigstens durch Einführung eines Pendelverkehres eine Verbesserung erzielt werden. Weiter möchten wir ersuchen, daß die Landesregierung alles unternimmt, um die von den Nazi nach Salzburg verschobenen 40 Autobusse, die im Bezirk Mödling im Verkehr gestanden sind, jetzt aber in Salzburg sind, zurückgebracht werden. Nachdem die ganzen Bahnlinien ausgefallen sind, sind die Autobusse ein Verkehrsmittel, auf das wir nicht verzichten können. Hier kommt in erster Linie die Verbindung Sulz im Wienerwald—Baden—Mödling und die Verbindung Münchendorf — Achau — Laxenburg in Betracht.

Ich stelle daher den Antrag *(liest)*:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die nötigen Schritte zu unternehmen, um eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Lokalstrecke der Südbahn zu erreichen."

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Abg. ZACH: Hohes Haus! Ich möchte bei dieser Gelegenheit ersuchen, daß der Herr Landeshauptmann oder die Landesregierung auch dahin wirken möge, daß die Zahl der Aufenthaltsräume für die Reisenden von verspäteten Zügen vermehrt wird. Ich habe selbst erst in der vorigen Nacht Gelegenheit gehabt, in der Nähe des Westbahnhofes in einem solchen Raum die Zeit von halb 1 Uhr nachts bis 5 Uhr früh verbringen zu müssen. Die Züge haben oft große Verspätungen, so daß die Elektrische nicht mehr verkehrt, die Wege sind aber oft sehr weit und auch die Sicherheitsverhältnisse sind noch nicht so, daß z. B. Frauen allein gehen können, die Reisenden sind daher gezwungen, die Nacht am Bahnhof zu verbringen. Es wird daher notwendig sein, daß die Aufenthaltsräume vermehrt werden.

Mein sehr verehrter Herr Vorredner hat auch angeregt, daß die verschleppten Autobusse, die jetzt in anderen Bundesländern fahren, ehestens zurückkommen. Es gibt noch viele Fahrzeuge, die mit niederösterreichischen Nummern versehen sind und in den westlichen Bundesländern fahren. Eine neuerliche Nachforschung hat ergeben, daß mit diesen Autos Leute, die überhaupt nicht in Freiheit sein sollten, Vergnügungs- und Geschäftsfahrten unternehmen. Es müßte im Einvernehmen mit der Bundesregierung dahin gewirkt werden, daß eine Überprüfung dieser Autonummern auch in Bezug auf den Inhaber erfolgt und daß diese Fahrzeuge jenen Personen abgenommen werden, die nicht berechtigt sind, ein solches Fahrzeug zu benützen.

PRÄSIDENT: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter KUCHNER: Ich empfehle den Antrag des Herrn Abg. Koppensteiner, betreffend die Verkehrsregelung auf der Ostbahnstrecke Wien—Bruck an der Leitha, sowie den Antrag des Herrn Abg. Buchinger, betreffend Regelung der Verkehrsverhältnisse auf der Südbahnstrecke dem Hohen Hause zur Annahme.

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Hauses, welche für den vorliegenden Antrag des Wirtschaftsausschusses stimmen wollen, die Hand zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Nun bitte ich jene Mitglieder des Hauses, welche für den Antrag des Herrn Abg. Koppensteiner stimmen wollen, die Hand zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Nun bitte ich jene Mitglieder des Hauses, welche für den Antrag des Herrn Abg. Buchinger stimmen wollen, die Hand zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Ich ersuche nun den Herrn Abg. Kuchner, die Verhandlung zur Zahl 26 einzuleiten.

Abg. KUCHNER: Ich habe namens des Wirtschaftsausschusses, betreffend den Zugsverkehr auf der Nordbahn- und Nordwestbahnstrecke,

zu berichten. Der Antrag des Wirtschaftsausschusses lautet:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landeshauptmannschaft wird gebeten, bei der Bundesbahn zu erwirken, daß auf der Nordbahn- und Nordwestbahnstrecke sogleich ein Zug geführt wird, da das Weinviertel schon monatelang von jedem Bahnverkehr abgeschnitten ist."

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT: Zum Wort ist niemand gemeldet. *(Abstimmung.)* Angenommen.

Zum Worte ist gemeldet der Herr Landeshauptmann zur Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Kaindl, Marchsteiner, Zach, Endl, Wallig und Genossen, betreffend die Auszahlung der Pensionen an die Lehrerpensionisten von Niederösterreich.

Landeshauptmann REITHER: Hoher Landtag! Die Anfrage der Herren Abgeordneten Kaindl, Marchsteiner, Zach, Endl, Wallig und Genossen, betreffend die Auszahlung der Pensionen an die Lehrerpensionisten von Niederösterreich gestatte ich mir nachstehend zu beantworten:

Die Liquidierung der Ruhegnüsse an die Lehrerpensionisten vollzieht ab 1. Oktober 1945 die Finanzlandesdirektion.

Auf eine Anfrage der Landeshauptmannschaft bei der Finanzlandesdirektion hat diese Behörde folgendes mitgeteilt:

„Jenen niederösterreichischen Lehrerpensionisten, die die zur Auszahlung notwendige Erklärung über ihre Parteizugehörigkeit abgegeben hatten, wurden die Pensionen für Oktober 1945 bis 20. Oktober 1945, für November 1945 bis 22. November 1945, für Dezember 1945 bis zum 14. Dezember 1945, für Jänner 1946 bis zum 21. Jänner 1946 und für Februar 1946 bis zum 7. Februar 1946 angewiesen.

Die Verzögerungen, die sich bei diesen Anweisungen ergaben, sind hauptsächlich auf die verspäteten, allmonatlichen Festsetzungen der Bezugsregelung für den nächsten Monat gemäß § 3 (2) Beamtenüberleitungsgesetz, weiters auf technische Schwierigkeiten zurückzuführen, deren allmähliche Beseitigung angestrebt wird. Ungefähr ein Drittel der Pensionisten haben die Parteierklärung auch bis heute noch nicht eingeschickt. Es wurden deshalb die Bezirksschulräte bei den niederösterreichischen Bezirkshauptmannschaften mit dem Rundschreiben der hierortigen Buchhaltung vom 4. Februar 1946 ersucht, jene Pensionsparteien, welche ihre Pension bisher noch nicht laufend erhalten haben, aufzufordern, die mehrfach erwähnte Erklärung einzusenden, damit auch diesen Pensionisten die Bezüge angewiesen werden können."

Die Finanzlandesdirektion hat darauf hingewiesen, daß es sich bei der Verzögerung der Pensionsauszahlung seit Oktober 1945 nur um jene Pensionisten handeln kann, die den vorerwähnten Kreisen angehören. Es wurde bei den Bezirksschulräten bereits in aufklärender Weise interveniert, damit auch diese Verzögerung nunmehr ehestens behoben werden kann.

PRÄSIDENT: Wir gelangen nun zur Beratung des Dringlichkeitsantrages der Abgeordneten Dr. Steingötter, Mentasti, Kren, Gruber, Kuba und Genossen, betreffend Maßnahmen zur Sicherung einer ausreichenden Ernährung der niederösterreichischen Bevölkerung.

Zur Begründung der Dringlichkeit erteile ich dem ersten Antragsteller, Herrn Abg. Doktor Steingötter das Wort.

Abg. Dr. STEINGÖTTER: Angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten in der Ernährungslage des Landes Niederösterreich sind wir genötigt, alles vorzukehren, um unsere Bevölkerung vor Hunger zu schützen. Ich bitte daher, dem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen.

PRÄSIDENT: *(Abstimmung über die Dringlichkeit.)* Angenommen. Ich bitte nun Herrn Abg. Dr. Steingötter zum Meritum des Antrages zu berichten.

Abg. Dr. STEINGÖTTER: Hohes Haus! Wir wissen, daß als Folge von Kriegen immer wieder Hunger und Seuchen die Länder heimsuchen, in denen sich der Krieg ereignet hat. Nach diesem Weltkrieg, dem größten aller bisherigen Zeiten, droht nun über die ganze Welt eine Hungersnot hereinzubrechen, wie wir sie in bisherigem Ausmaß nie gelesen oder erlebt haben. Besonders die dichtbevölkerten Teile der Welt, Europa und Asien, sind am meisten von dieser neben dem Krieg größten Geißel der Menschheit bedroht. Wenn wir die Tatsache ins Auge fassen, daß in Europa, wo bisher 46 Millionen Tonnen Weizen geerntet wurden, im Jahre 1945 nur mehr 23 Millionen Tonnen Weizen eingebracht werden konnten, so können sie daraus ersehen, welch große Gefahren gerade durch den Mangel dieses wichtigsten Nahrungsmittels der Bevölkerung Europas droht. Aber auch für unser engeres Heimatland, für Österreich, sind die Gefahren die gleichen, wenn nicht größere. Dieses Österreich, das ja überhaupt nur 60 Prozent seiner Nahrungsmittel produzieren konnte und daher gezwungen war, den Rest einzuführen, ist besonders schlecht daran, nicht nur weil die vorübergegangene Periode der nationalsozialistischen Herrschaft und der Krieg selbst das Land heimgesucht

haben, sondern weil es dadurch auch unmöglich gemacht wurde, es entsprechend zu bebauen. Es war ja eine der größten Freveltaten des Nationalsozialismus, daß er wußte, durch diesen beginnenden Krieg droht der Bevölkerung eine große Gefahr auf dem Ernährungssektor, die nicht zu bannen ist, nämlich die sogenannte Fettlücke. Besonders in Österreich, das zum größten Teil gebirgiges Land ist, war diese Fettlücke von besonderem Verhängnis. All die Anstrengungen, die gemacht wurden, um plötzlich den Boden mit sogenannten Ölfrüchten zu bebauen, gingen fehl, weil der Boden teilweise für die Bebauung mit Ölfrüchten nicht geeignet war und teilweise sich die Landbevölkerung nicht so rasch auf den Anbau von ihr bisher unbekannten Früchten umstellen konnte. Dazu kam aber, daß unser Land nicht nur vom Krieg heimgesucht wurde, sondern daß es, und das gilt besonders für Niederösterreich, von den Nachkriegsverhältnissen am meisten betroffen wurde. Ja, als dieses Land und seine Bevölkerung daranging, im Bewußtsein seiner neuen Pflicht für dieses wiedererstandene Österreich zu arbeiten, wurde es daran gehindert, den Wiederaufbau mit aller Kraft in die Hand zu nehmen, da die hohe Politik der Siegermächte dieses kleine Österreich durch die sogenannten Demarkationslinien geteilt hat. Wir wissen, daß ohne Beseitigung dieser Demarkationslinien wir dieses Österreich überhaupt nicht so aufbauen werden können, wie es im Interesse seiner Bevölkerung notwendig ist. Wir müssen aber auch feststellen, daß die Beseitigung der Demarkationslinien mit Dingen der hohen Politik der Siegermächte zusammenhängt, die wir nicht beeinflussen können. Weil nun besonders hier in Niederösterreich die Lage eine so ungünstige ist, tritt in Bezug auf die Ernährung hauptsächlich die Folge ein, die wir am meisten bedauern müssen, nämlich die verhehrenden gesundheitlichen Nachteile der Unterernährung der ganzen Bevölkerung. 35 Prozent unserer Schulkinder sind unterernährt. Es gibt Gegenden, wo bei den schulärztlichen Untersuchungen bereits 15 bis 20 Prozent der Kinder festgestellt werden, bei denen beginnende Tbc, meist in den Hilusdrüsen, feststellbar ist. Das schrecklichste aber als Folge der Unterernährung ist die zunehmende Sterblichkeitsziffer, besonders in Niederösterreich und Wien. Die Säuglingssterblichkeit nimmt um das Vielfache der bisherigen zu und ebenso steigt in erschreckender Weise die Sterblichkeitsziffer der über 60jährigen, ja in manchen Gegenden unseres Landes sogar der über 50jährigen. Wir bemerken eine Zunahme der Särge über die Wiegen. Es gibt im Lande Leichenbestattungsunternehmungen, die die nötigen Särge nicht bekommen können, weil die Sargtischler wegen Mangel an Material und wegen der Transportschwierigkeiten den Anforderungen nicht mehr nachkommen können. Für Särge im Lande Niederösterreich und Wien gibt es keinen Preisstopp. Es müssen Leichenbestattungen für Särge oft das Zwei- bis Dreifache der bisherigen Preise bezahlen. Auch ein Zeichen unserer Zeit!

Ich will hier nicht näher darauf eingehen, wie verhängnisvoll knapp die Zuweisungen unserer Nahrungsmittel sind. Sie alle haben ja aus den Zeitungen die Kürzungen vernommen, denen wir alle unterworfen sind. Alle diese Ansätze genügen eigentlich nicht, um das nackte Leben zu fristen. Wir müssen bedenken, daß für das Leben ohne besondere Arbeit eine tägliche Kalorienzahl von 2400 Kalorien notwendig ist. Nicht einmal unsere Arbeiterkarten erreichen dieses Ausmaß. Dazu kommt, daß infolge der Transportschwierigkeiten es oft nicht einmal möglich ist, die wenigen Nahrungsmittel an die betreffenden Stellen zu schaffen, so daß auch die geringe Kalorienzahl oft nicht erreicht wird. Es handelt sich aber bei der Ernährung eines Volkes nicht nur um die nötigen Kalorien, sondern auch um die erforderlichen Vitamine. Infolge des verhängnisvollen Mangels an Gemüse und Obst aber — wir haben in Niederösterreich überhaupt noch kein Obst gesehen — sind die wichtigsten Zuschußstoffe bei der Nahrung nicht vorhanden, weshalb sich die Folgen des Vitaminmangels immer mehr und mehr bemerkbar machen. Schwere Hauterkrankungen, Drüseneiterungen usw. sind die Folgen dieses Vitaminmangels. Wir haben in der letzten Zeit eine besorgniserregende Zunahme von Nervenentzündungen, weil das sogenannte B-Vitamin fehlt. Es wird bereits darangegangen, mit Hilfe von C-Vitamin-Tabletten die Schuljugend vor den größten Nachteilen des C-Vitaminmangels zu schützen.

Nun hat sich in dankenswerter Weise die UNRRA. eingeschaltet und es ist uns versprochen worden, daß ab 1. April 1946 die UNRRA. die Ernährung für Österreich übernimmt. Wir sind dieser Hilfe gewiß dankbar, müssen aber feststellen, daß allein die UNRRA. nicht genügen wird, um hier Wandel zu schaffen, sondern daß wir selbst natürlich alles daransetzen müssen, um unsere eigenen Hilfsquellen im Lande so auszugestalten und zu verwerten, daß eine entsprechende Ernährung unserer Bevölkerung bewerkstelligt werden kann. Hier müssen wir dem Großteil der Agrarbevölkerung, den Bauern unseres Landes, Dank dafür sagen, daß sie das Einsehen haben, daß die landwirtschaftlichen Produzenten verpflichtet sind, im Rahmen

der bestehenden Vorschriften uns mit den wichtigsten Nahrungsmitteln zu versehen. Wir wissen aber auch, und in den landwirtschaftlichen Körperschaften ist es auch bekannt, daß gewisse Leute, es sind dies vielfach Gegner der bestehenden demokratischen Parteien, sich dieser selbstverständlichen Pflicht nicht fügen wollen. Es ist daher selbstverständlich, daß alle Mittel und Wege eingeschlagen werden müssen, um diese Säumigen wirklich an ihre Pflicht zu erinnern und sie zu zwingen, ihrer Pflicht nachzukommen. *(Rufe: Sehr richtig.)* Die bisherigen Hofbegehungen, die etwas überstürzt angeordnet waren, waren nicht imstande, alle die Lebensmittel, die noch im Verborgenen gehalten wurden, um hauptsächlich dem Schleichhandel zugeführt zu werden, ans Tageslicht zu bringen. Wir hoffen, daß hier die jetzigen Hofbegehungen, die systematisch durchgeführt werden sollen, entsprechend Wandel schaffen.

Wir müssen die Alliierten, speziell Schweden, Dänemark, die Schweiz usw. bitten, daß sie bei der Verteilung der Nahrungsmittel, die sie in dankenswerter Weise uns Österreichern zur Verfügung stellen, besonders daran denken, daß Niederösterreich am meisten unter einer Hungersnot — wir können von einer solchen wirklich sprechen — leidet und daher, weil die Bevölkerung unseres Landes am meisten bedroht und heimgesucht ist, auch den größten Teil ihrer Mittel uns zur Verfügung stellen. Niederösterreich, dieses Kernland von Österreich, ist am meisten vom Krieg und seinen Nachwirkungen betroffen. Die brave Bevölkerung dieses Landes hat die schweren Lasten bis jetzt ohne Murren getragen. Unsere Industriebevölkerung, die Arbeiter und Angestellten haben, oft ohne Lohn, den Hunger im Leibe, alles dazu beigetragen, um unsere Industrie wieder in Gang zu bringen. Das ist eigentlich in der Öffentlichkeit noch nicht genügend anerkannt worden. Wir, die wir von dieser Bevölkerung berufen sind, hier nach dem Rechten zu sehen, wollen diesem Niederösterreich, von dem wir wissen, welch braves Volk in den Städten und am Lande wohnt, helfen, wir wollen die Bevölkerung aufrichten und ihren Optimismus erhalten, der ihr sagt, daß auch diese schweren Zeiten überwunden werden müssen. Für uns Niederösterreicher gilt auf dem Gebiete der Ernährungspolitik wie auf allen Gebieten der Politik das Wort: Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten.

In diesem Sinne, um der Bevölkerung zu helfen, stellen die Gefertigten folgenden Dringlichkeitsantrag *(liest)*:

„Die gegenwärtige Lebensmittelnot wurde von dem amerikanischen Präsidenten Truman als ‚die ärgste Ernährungskrise unseres Zeitalters' bezeichnet. Von ihr sind gegenwärtig am meisten die beiden stärkstbevölkerten Kontinente Europa und Asien bedroht. Krieg und Trockenperiode haben zusammengewirkt, um die Katastrophe herbeizuführen. Riesige Landstriche, über die der Krieg gegangen ist, sind verwüstet oder nicht angebaut worden. Daher sind in Europa im Jahre 1945 nur etwa 23 Millionen Tonnen Weizen geerntet worden gegen 42 Millionen Tonnen im Jahresdurchschnitt 1934 bis 1938, der Ertrag ist also nahezu auf die Hälfte herabgesunken. So die allgemeine Lage auf jenen beiden Kontinenten, deren einer für unser Land und Volk Heimatkontinent ist.

Für Österreich, das kaum jemals mehr als 60 Prozent des Bedarfes an Lebensmitteln produzierte, in dieser Hinsicht also immer auf die Einfuhr angewiesen war, kommen aber noch zusätzliche Erschwerungen in Betracht. Sieben Jahre Nationalsozialismus und zugleich sieben Jahre Krieg haben nicht nur die Vorräte, die in unserem Lande normal vorhanden waren und uns sicher über eine schlechte Ernte einigermaßen hinweggeholfen hätten, verbraucht, sondern der Krieg hat uns vor allem die Menschen genommen, die es verstanden, dem Boden das abzuringen, was er auch unter ungünstigen Verhältnissen zu geben vermag. Leider fehlen uns diese Menschen heute — fast ein Jahr nach Kriegsende — zum Großteil immer noch. Hierzu kommen die schweren wirtschaftlichen Eingriffe der Nazi, wie z. B. ihre Zwangsmaßnahmen, Getreidearten anzubauen, die nicht für unseren Boden paßten und deren Behandlung von unserer bäuerlichen Bevölkerung vielfach nicht verstanden wurde.

Aber auch die Entwicklung der Nachkriegsverhältnisse in dem unglücklichen Lande Österreich, über dessen ohnedies nur dürftig bestellten Fluren des Vorjahres die letzte Phase des Krieges mit gesteigerter Vehemenz und Zerstörungswut hinwegbrauste, hat nicht dazu beigetragen, der Ernährungskrise vor allem in Wien, im Burgenland und in Niederösterreich wirksam zu begegnen. Gerade angesichts der Ernährungskatastrophe im Weltmaßstabe wäre es die vordringlichste Aufgabe der am stärksten betroffenen Staaten Europas, wozu zweifellos Österreich gehört, die eigenen Kräfte und Vorräte zur Überbrückung des Notstandes wirkungsvoll einzusetzen. Daran hindern uns die Demarkationslinien, die nicht nur einen gerechten Ausgleich der im Bundesgebiet vorhandenen lebensnotwendigen Güter unmöglich machen, sondern auch von vornherein die Ergebnisse der Ernte von 1946 dadurch beeinträchtigen, daß die Rückführung der seinerzeit nach dem Westen verschleppten Traktoren, die für die Bestellung

der Anbauflächen von Niederösterreich von ausschlaggebender Bedeutung sind, unmöglich gemacht wird. Nimmt man noch hinzu den katastrophalen Mangel an Verkehrsmitteln, der Niederösterreich heute zum verkehrsärmsten Lande Mitteleuropas gemacht hat, so ergibt sich hier eine Ernährungslage, die nicht düster genug gemalt werden kann.

Der Gesundheitszustand kommt in folgenden Ziffern zum Ausdruck: 35 Prozent der Schuljugend sind unterernährt, hievon haben 20 Prozent einen spezifischen Lungenkatarrh. Bei den Erwachsenen sind Gewichtsabnahmen bis zu 25 kg wahrzunehmen und ein Ansteigen der Lungen-Tbc. Vielfach treten schwerheilende Eiterungen und Drüsenerkrankungen auf. Die Abwehrkraft gegen Infektionskrankheiten ist ganz gering. Säuglinge erhalten außer geringen Mengen Milch überhaupt keinerlei Nährmittel. Kranke, welche eine Milchzubuße erhalten, müssen dafür die Fleischabschnitte abgeben, so daß wohl von einem Ersatz, aber von keiner Zubuße gesprochen werden kann.

Die im Rundfunk und Presse veröffentlichten Kaloriensätze können in vielen Gemeinden nicht restlos zur Ausgabe gelangen, weil die Transportmittel fehlen.

Am 1. April übernimmt die UNRRA. die Versorgung Österreichs. Auch sie hat mit den aufgezeigten Schwierigkeiten zu rechnen und es wäre ein verhängnisvoller Fehler der Landesverwaltung, nunmehr die Obsorge für die Ernährung der Bevölkerung dieser Welthilfsorganisation zu überlassen. Gewiß, wir brauchen die Hilfe des Auslandes, weil wir allein außerstande sind, dieses Problem, bei dem es buchstäblich um Sein oder Nichtsein unserer Bevölkerung geht, zu lösen. Aber wir müssen alles tun, durch größtmöglichen eigenen Beitrag die Situation meistern zu helfen. Hiezu gehört vor allem die restlose Erfüllung der Ablieferungspflicht durch alle Produzenten landwirtschaftlicher Produkte im Rahmen der behördlichen Anordnungen. Es sei zur Ehre unserer bäuerlichen Bevölkerung festgestellt, daß sich der überwiegende Teil derselben seiner Pflicht gegenüber der Gesamtheit des Volkes in diesem Lande vollauf bewußt ist. Aber es gibt verschiedentlich noch genug Saboteure des Wiederaufbaues, die aus purer Raffgier, die Not ihrer Mitmenschen mißachtend, nicht unerhebliche Mengen lebensnotwendiger Güter zu verschleiern und durch dunkle Kanäle dem Schleichhandel zuzuführen wissen. Sie schädigen das Ansehen des gesamten Bauernstandes für Dezennien. Nicht selten betätigen sich hiebei führend Angehörige der ehemaligen NSDAP.

Den Hofbegehungen im Dezember vorigen Jahres wurde durch übergeordnete Behörden leider ein viel zu kurzer Zeitraum zugemessen, als daß sie hätten gründlich durchgeführt werden können. Der Erfolg war dementsprechend gering. Gegenwärtig ist eine zweite Hofbegehung im Gange, die weit systematischer verläuft und demgemäß in der Lage sein wird, vor allem die versteckten Lager der asozialen bäuerlichen Produzenten und Betriebe aufzuspüren. Darüber hinaus wäre auch die Frage der zentralen Organisation hinsichtlich Aufbringung und Verteilung der im Lande vorhandenen Nahrungsmittel grundsätzlich einer Überprüfung zu unterziehen und gegebenenfalls Reformvorschläge auszuarbeiten.

Nicht zuletzt wäre festzustellen, ob die Hilfsaktionen seitens einzelner befreundeter Staaten Europas, bzw. Organisationen derselben, auch in jenem Ausmaße der niederösterreichischen Bevölkerung zugute kommen, auf das sie infolge ihres gesteigerten Notstandes ein unbestreitbares moralisches Recht besitzen. Es ist auf die Dauer unerträglich, daß Niederösterreich unter allen Bundesländern Österreichs in allem und jedem die Hauptlast des Krieges und seiner Folgewirkungen aufgebürdet erhält. Niederösterreich ist das älteste, das Kernland Österreichs. Bricht es zusammen, dann wankt das ganze Staatsgebilde."

Der Antrag lautet *(liest)*:

„Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Sofort einen achtgliedrigen Ernährungsbeirat zu berufen, der im Einvernehmen mit dem zuständigen Landesamt für das Ernährungswesen alle notwendigen Maßnahmen zu beraten hätte, die im Interesse der Sicherung einer ausreichenden Ernährung der niederösterreichischen Bevölkerung für notwendig erachtet werden. Für die Dauer des Notstandes hält der Beirat laufend Beratungen ab.

2. Mit der Bundesregierung das Einvernehmen zu pflegen, daß der Alliierten Kontrollkommission immer wieder vor Augen geführt wird, in welch katastrophaler Situation Volk und Land im Fall einer weiteren Unterbindung des Güterverkehrs durch die Demarkationslinien geraten. Weiters die Bundesregierung darauf hinzuweisen, daß im Rahmen der UNRRA.-Hilfe für die Notstandsgebiete Niederösterreichs zusätzliche Hilfsmaßnahmen dringend notwendig sind und eine Herabsetzung der Besatzungstruppen unerläßlich ist.

3. Vorschläge auszuarbeiten, die geeignet erscheinen, durch eine Reform der zentralen Organisation für die Aufbringung und Verteilung der Ernährungsgüter eine Verbesserung der Lebensmittellage zu erzielen."

Ich bitte um Annahme des Dringlichkeitsantrages.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Debatte und erteile das Wort dem Herrn Abg. Tesar.

Abg. TESAR: Hohes Haus! Der Herr Antragsteller hat ganz richtig in seinen Ausführungen die triste Lage unserer Ernährung im Lande Niederösterreich geschildert. Wir wissen das alles und ganz besonders wir drinnen in den Notstandsgebieten des Traisen- und Gölsentales, weil uns jede Möglichkeit fehlt, die von anderen oft doch noch benützt werden kann, um dieses oder jenes heimzubringen. Wir haben oft auch nicht einmal die Bahnverbindung, die diesen Belangen Rechnung tragen könnte. So sind wir denn in den Bezirken Hainfeld, Lilienfeld, Kirchberg auf jene Rationen angewiesen, die wir immer nur in Zusammenarbeit mit dem Landesernährungsamt erreichen können und die, wie Sie alle wissen, beileibe nicht so ausreichend sind, daß wir sagen könnten, wenn es so weiter geht, werden wir uns mit ihnen durchwursteln können.

Zur allgemeinen Lage sei noch folgendes gesagt: Es wird immer und immer vergessen, daß in den Gemeindekontrollausschüssen und Bezirksausschüssen draußen emsig zusammengearbeitet wird, wodurch bisher manches verhindert wurde, was uns sonst gedroht hätte. Es sitzt hier kein Abgeordneter, der nicht bezüglich der Ernährungslage besorgt in die Zukunft blickt. Sie wissen ja, daß die SS. die Autos für den Lebensmitteltransport verbrannt und unter dem Titel der Verlagerung alles weggeführt hat, selbstverständlich auf Nimmerwiedersehen. Gerade in diesen Nottagen wurden dank der Initiative unseres Herrn Landeshauptmannes und seiner Mitarbeiter, gleichgültig von welcher Seite, Einrichtungen geschaffen, durch die wir befähigt sein werden, uns in der Zukunft über die Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Gestehen wir es uns nur ehrlich ein, wir alle machten den Fehler, daß wir uns auf die Öffnung der Demarkationslinien verließen. Nun stehen wir aber vor der Tatsache, daß diese Demarkationslinien noch immer geschlossen sind und daß auch drüben, z. B. im Grenzgebiet der Steiermark, die Lebensmittel trotz aller gegenteiligen Behauptungen bereits rar geworden sind, weil sich auch dort, wie in Niederösterreich und überall in Österreich, die Vorräte erschöpft haben. Wir müssen daher besorgt in die Zukunft blikken. Trotz allem müssen wir aber doch in den Gemeinde- und Bezirkskontrollausschüssen weiterarbeiten und wir hoffen, daß uns im Ernährungsbeirat jene Richtlinien gegeben werden, die durch gemeinsame Zusammenarbeit zwischen Konsumenten und Produzenten ihre Erledigung finden können.

Wenn ich an die Zeit zurückdenke, wo wir in den genannten Notstandsgebieten mit den Bürgermeistern beisammensaßen und harte Maßnahmen beraten und beschließen mußten, so muß ich offen gestehen, daß sich dadurch mancher Bauer und Kleinproduzent bemüßigt gefühlt hat, mitzuarbeiten und in manchen Belangen auf seine ohnedies nicht reichliche Ration verzichtet hat. Es gibt heute schon viele Bauernhöfe, wo weder vom Besitzer noch vom Gesinde eine Vollmilch genossen wird, damit ja die Butter- und Milchlieferung etwas vermehrt werden kann. So können wir hoffen, daß doch mit gutem Willen etwas erreicht werden wird. Es ist das aber nur möglich, wenn wir die richtigen Leute in die Ausschüsse entsenden, die frei von Politik und gewissenhaft ihre Arbeiten erfüllen, so wie es notwendig ist und wie sie es unseren Volksgenossen schuldig sind. Gerade wir im Gebirge müssen sagen, daß wir unsere Zukunftshoffnung auf die Ausfüllung der Fettlücke setzen, weil dadurch Mittel und Wege gefunden werden können, die uns über die Schwierigkeiten einigermaßen hinweghelfen werden. Leider ist da wiederum ein großes Hemmnis in der Futtermittelnot gelegen. Wir sehen, daß tausende und tausende Pferde der Besatzungsarmee dadurch eine große Gefahr bedeuten, weil das jetzt im Frühling anfallende Futter auch für diese Pferde wieder teilweise bereitgestellt werden muß. Aus dieser Erkenntnis heraus glaube ich, daß die Bundesregierung und ihre Mitarbeiter jene Voraussetzungen schaffen müssen, die erforderlich sind, um die notwendigsten Nahrungsmittel wie Milch, Butter usw. erhalten zu können. Wir müssen gerade durch die notwendige Zusammenarbeit der einzelnen Körperschaften dahin wirken, daß es uns, wenn die Zuwendungen der UNRRA., wie im Antrag ausgeführt wird, Wirklichkeit werden, ermöglicht wird, über diesen Engpaß hinwegzukommen.

Mit den Kalorien und wie die Dinge alle heißen, hat das Volk nicht viel Freude. Es will sich einfach sattessen und soviel haben, daß es über die schwierige Zeit hindurchkommt. Wir wollen als Laien in dieser Frage den Fachleuten nicht vorgreifen, aber es wird in aller Zukunft so bleiben, daß nur durch engste Zusammenarbeit draußen jene Voraussetzungen geschaffen werden müssen, die notwendig sind, um in den kommenden Wochen leben zu können. Nur durch eigene Kraft, und das ist das Wichtigste, werden wir über diese schwierigen Zeiten hinwegkommen.

Bei dieser Gelegenheit glaube ich wohl die Bitte an alle Außenstehenden richten zu dürfen, daß in den kommenden Wochen endlich an Stelle der vielen Reden die praktische Arbeit tritt und daß die Bauernhöfe mit Arbeitskräften so ausgerüstet werden, wie es notwendig ist, damit die erforderlichen Arbeiten verrichtet werden können. Nur so und nicht anders ist es möglich, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Gar mancher Liter Milch und manches Kilo Butter könnte erzeugt werden, wenn die notwendigen Arbeitskräfte da wären. Es ist hart, wenn man als Bürgermeister vor die Alternative gestellt wird, sagen zu müssen: Bringe mir Arbeitskräfte, die geeignet und willens sind, die Kühe zu melken und den Dünger zu führen, erst dann bist du berechtigt, zu mir zu kommen und von mir das zu verlangen, was aus der Wirtschaft herauszubringen ist. Nur durch Zusammenarbeit aller wird es möglich sein, dieses Problem zu lösen. Nur durch die Regelung der Futtermittellage und durch die Verminderung der Besatzungstruppen und deren Pferde können wir auf diesem Gebiete einen Erfolg erzielen und beruhigt in die Zukunft blicken. Wenn aber von außen her in jeder Art und Weise das Friedenswerk gestört wird, dann sind wir nicht in der Lage, dem Volke draußen jenen Hoffnungsschimmer für die Zukunft in die Herzen hineinzubringen, der es befähigt, auch bei diesen geringen Rationen bis zu jener Zeit durchzukommen, in der wir uns besser und reichlicher versorgen können. Der Ernährungsbeirat, der jetzt geschaffen werden soll, wird im Einvernehmen mit den Behörden und den Kontrollorganen draußen jene Mittel und Wege schaffen müssen, die uns befähigen, dieses schwierige Problem zu lösen.

Wenn die bockbeinigen Nichtlieferer sehen werden, daß es voll und ganz Ernst geworden ist, dann können wir hoffen, daß auch hier das gesteckte Ziel erreicht wird. Dieser Angelegenheit müssen die Landeshauptmannschaft und ihre Mitarbeiter voll und ganz das Augenmerk schenken.

Nicht minder wichtig ist auch, daß der Landwirtschaft draußen die nötigen Rohstoffe gegeben werden und daß die Landarbeiter und überhaupt das ganze Gesinde die notwendigen Kleider und Schuhe erhalten.

Ich benütze die Gelegenheit, auch darauf hinzuweisen, ob es nicht möglich wäre, daß auch dem Handwerk und dem Gewerbe in der Art und Weise geholfen wird, daß man ihnen die nötigen Rohstoffe gibt und damit die arbeitswilligen Kräfte auch arbeitsfähig macht. Wir hören immer seitens der Landwirtschaft, des Handwerks und des Gewerbes, sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer, die gleichen Klagen, daß sie nicht die nötigen Kleider und Schuhe haben, um die Arbeiten so zu machen, wie es notwendig ist.

Nicht minder wichtig ist die Sache beim Zug. Ich kenne einen Bauern, der nicht einspannen kann, weil es ihm an allem dazu Nötigen fehlt. Es ist notwendig, daß der Landwirtschaft auch in diesem Belange geholfen wird.

Hoffen wir, wie ich schon eingangs ausgeführt habe, daß bei den Organen draußen in den Gemeinde- und Bezirkskontrollausschüssen endlich zusammengearbeitet wird. Dann wird es auch möglich sein, in dieser Richtung voll und ganz durchzugreifen.

Ich will meine Ausführungen nicht schließen, ohne jenen braven Menschen zu danken, die draußen in stiller Arbeit wirken und deren Arbeit oft von der Stadt nicht anerkannt wird, die bei den geringen Verdienstmöglichkeiten durchgehalten haben und die nicht gefragt haben, ob ihnen für die Milch dieser oder jener Preis gezahlt wird, sondern die willens waren, den Konsumenten das zu geben, was ihnen gebührt. Ich danke daher allen diesen Kreisen von dieser Stelle aus, ganz gleich ob sie als Arbeiter oder Bauern oder Handwerker oder Intellektuelle mitgearbeitet haben. Nicht vergessen will ich die unendlich wichtige und vielfach ehrenamtliche Mitarbeit jener Bevölkerungskreise, die draußen in den Bezirks- und Gemeindekontrollausschüssen tätig sind. Sie haben sich oft Feindschaften zugezogen, das hat sie aber nicht irregemacht, auch in der Zukunft tapfer und still ihre Tätigkeit zu entfalten. In diesem Sinne stellen wir uns zu dem vorliegenden Antrag auf Errichtung eines Ernährungsbeirates und erklären, für diesen Antrag stimmen zu wollen. *(Beifall.)*

Landesrat Abg. GENNER: Hoher Landtag! Die Vorsorge für die Ernährung der Bevölkerung in den nächsten kritischen Wochen und Monaten und darüber hinaus wird unsere größte Sorge sein und uns allen eine sehr schwere Verantwortung auferlegen, der sich niemand entziehen kann. Wir sind zweifellos in ein sehr kritisches Stadium der Ernährungslage gekommen. Das ist offenbar geworden durch die Folgeerscheinungen der langen Dauer der Unterernährung in den Notstandsgebieten und nicht zuletzt gerade in dem Augenblick, in dem der erste UNRRA.-Zug gekommen ist. Es hat bei dieser Gelegenheit der Chef der österreichischen UNRRA.-Mission erklärt, daß viel weniger geliefert werden kann, als sie gehofft hat, es muß daher dafür Sorge getragen werden, daß jedes Gramm Brot erhalten wird und daß sich Österreich vor allem selber hilft. Durch diese

Erklärung, die etwas sagt, was wir Kommunisten schon immer gesagt haben, ist die ganze Situation gekennzeichnet worden. Das Ernährungsproblem besteht nicht erst heute, es ist sofort nach der Befreiung in seiner ganzen Größe und Dringlichkeit offenbar geworden, denn es war ganz klar, je länger der Krieg dauert, desto größer mußte nach dem Ende des Krieges die Not sein.

In den Gemeinden in Niederösterreich haben die Funktionäre, die damals die Verwaltung übernommen haben, zumeist Kommunisten, sofort für die Sicherung der Ernährung in den nächsten kritischen Wochen Vorsorge getroffen. In Wien hat eine Hungerkatastrophe gedroht. Die Nazi haben alle Vorräte geplündert und die Verkehrswege zerstört. Durch die Hilfe der Roten Armee ist diese Hungerkatastrophe gebannt worden. Die Rote Armee hat dann die Versorgung Wiens bis zum 1. September 1945 übernommen, dann erst hat die gemeinsame alliierte Hilfe eingesetzt. Das ist von besonderer Bedeutung, denn die Ernährung der Hauptstadt des Landes machte ja die allergrößten Sorgen für das ganze Land und von dieser Sorge sind wir zunächst befreit worden.

Niederösterreich hat außer Gemüse und Kartoffel nichts nach Wien zu liefern. Um so eher können die niederöstereichischen Nichtselbstversorger von Niederösterreich versorgt werden. Man kann aber nicht sagen, daß das in ausreichendem Maße geschehen ist. Es ist immer sehr viel von den Schwierigkeiten geredet worden. Natürlich befinden wir uns in einer außergewöhnlichen Lage nach dem Krieg und Schwierigkeiten gibt es sehr viele, aber es ist nicht genügend Tatkraft und Initiative vorhanden gewesen, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Wir sehen es ja daraus, daß in einigen Bezirken die Ablieferung sehr gut war, in anderen Bezirken aber überhaupt nicht funktionierte und daß sich manche Bezirke sogar abgesperrt haben. Was war da zu tun? Jedes Volk hat in einer bestimmten Situation bestimmte Aufgaben zu erfüllen. Es war schon gleich nach der Befreiung klar, daß an einen Wiederaufbau Österreichs ohne Sicherung der Ernährung überhaupt nicht zu denken war. Es mußte schon damals ein Versorgungsplan gemacht werden. Unsere Aufgabe war, wahrheitsgemäß festzustellen, was wir haben und das zu erfassen, sicherzustellen und gerecht zu verteilen. Nur so konnten wir sagen, soviel haben wir und solange können wir damit bei größter Sparsamkeit auskommen. Darüber hinaus müßte eine Wirtschafts- und Handelspolitik gemacht werden, die der ganzen Wirtschaft dient, nicht allein der Landwirtschaft und nicht allein der Industrie, denn das Ernährungsproblem ist ein Problem der Gesamtbevölkerung. Es müßten Handelsverträge mit den Staaten abgeschlossen werden, von denen wir etwas erhalten können, Lebensmittel, Rohmaterialien und Futtermittel. Anstatt dessen ist alles Augenmerk auf die Hilfe von außen gerichtet worden. Die UNRRA.-Hilfe hat in der österreichischen Politik viele Monate vor den Wahlen und auch nachher noch eine sehr große Rolle gespielt. Die UNRRA. will vielen Völkern helfen, auch Österreich, aber ich möchte davor warnen, jetzt wieder alle Hoffnung auf die UNRRA. zu setzen.

Es ist vor einiger Zeit eine Mitteilung des alliierten Rates erolgt, daß die UNRRA. vom 1. April 1946 an die Versorgung Österreichs übernehmen wird. Ich weiß nicht, ob das nicht zu Mißverständnissen Anlaß gegeben hat. Das kann nur so sein, daß die UNRRA. die vorhandenen Vorräte, die bisher die Alliierten hatten, übernimmt. Dazu kommt noch das, was die UNRRA. selber liefern wird und was Österreich selbst aufbringt. Eine offizielle Erklärung der UNRRA. selbst ist noch nicht gekommen. Es ist klar: Wenn es einem Menschen schlecht geht und er kommt immer nur zu einem anderen und bittet um Hilfe, dann wird er niemals aus dem Elend herauskommen. Er muß selbst alle Anstrengungen machen, um die Möglichkeit zu schaffen, aus eigener Kraft aus dem Elend herauszukommen. Anstatt dessen hat sehr häufig die Flüsterpropaganda eingesetzt. Mit dieser Propaganda, diesem etwas unschönen Überbleibsel aus der Nazizeit, wird man aber nicht weiterkommen. Eines ist gewiß, eine Planung, eine Vorsorge muß jetzt schon für die Zukunft gemacht werden und dazu gehört vor allem die Sicherung des Anbaues.

Nach meinen Informationen soll heuer mehr gebaut werden als im vorigen Jahr, aber weniger als im Jahre 1939, und es besteht die Gefahr, daß auf den Gutshöfen, auf denen es ja an sehr vielem fehlt, auch an Pferden — dazu wäre auch zu sagen, daß auch ein gerechter Pferdeausgleich rechtzeitig hätte hergestellt werden sollen —, viele Anbauflächen nicht bebaut werden können.

Damit im Zusammenhang steht auch die Bodenreform. Man müßte diese wirklich und ehestens in Angriff nehmen und es wäre nur zu wünschen, wenn der niederösterreichische Landtag hiezu die Initiative ergreifen würde. Man muß den Boden denen geben, die ihn bebauen wollen und bebauen können.

Es ist noch eine andere Frage: Ich bin in der letzten Zeit dieser Sache sehr nachgegangen. Es sind jetzt schon wieder mehrere Fabriken im Gange, darunter auch Landmaschinenfabriken.

Dort haben die Arbeiter nach dem Ende des Krieges unter den größten Schwierigkeiten, wie in vielen anderen Fabriken, die Arbeit wieder begonnen und ich habe von einer solchen Fabrik gehört, daß die Arbeiter stundenlang Werkzeuge und Koks in die Fabrik getragen haben, um die Produktion wieder aufzunehmen, weil sie eben einen leidenschaftlichen Aufbauwillen haben. Jetzt sind sie aber wieder müde und verdrossen geworden, weil ihre Hoffnungen nicht erfüllt worden sind und weil sie hungern. Es besteht jetzt die Gefahr, daß die fertiggestellten Geräte und Maschinen für bessere Zeiten und höhere Profite eingelagert werden. Es ist nun klar, daß das erste Anrecht darauf die Landwirte und Bauern haben, die restlos ihre Pflicht erfüllen. Das ganze Problem hat viele Seiten, die enge miteinander zusammenhängen.

Wir Kommunisten haben schon immer eine Einheitlichkeit der ganzen Ernährungsorganisation und eine einheitliche Lenkung verlangt. Es gibt aber viele Instanzen, ja es ist geradezu ein ganzer Instanzenwirrwarr. Mit der Ernährungsangelegenheit befassen sich zwei Ministerien, die Wirtschaftsverbände, weiters die Landes- und Bezirksernährungsämter, die manchmal in einer so ernsten Situation gegeneinander arbeiten und einander die Schuld zuschieben. Es wäre daher schon von Anfang an Aufgabe der Regierung gewesen dafür zu sorgen, daß es nur eine einheitliche straffe Erfassung und eine einheitliche Lenkung geben kann. Wir begrüßen es daher, daß das jetzt auch von der SPÖ. gefordert wird; wir wünschen aber, daß das nicht wieder parteipolitisch aufgezäumt wird. Wir befinden uns in einer sehr kritischen Situation, die das ganze Volk angeht. Was ist von diesem Volk in den letzten Jahren nicht schon alles verlangt worden! Wie viele Opfer haben die Arbeiter und Bauern für die faschistische Herrschaft und für den faschistischen Krieg gebracht. Jetzt müssen wir aus dieser Situation herauskommen, in die uns der Faschismus hineingebracht hat. Ein Volk aber, das sich selbst aufgibt, ist verloren. Wir wollen uns aber nicht selbst aufgeben. Die Opfer und Anstrengungen, die jetzt gemacht werden, werden für die Zukunft Österreichs gemacht. Wir müssen uns daher aufraffen und alle Anstrengungen machen, weil Österreich bestehen und leben muß. *(Beifall.)*

Abg. MENTASTI: Hohes Haus! Wenn wir uns heute mit dem Problem der Ernährung beschäftigen, so müssen wir unser Augenmerk vor allen Dingen darauf richten, wie wir über die nächsten vier Monate hinwegkommen werden. Wenn von allen Seiten darüber gesprochen wird, daß wir alle Anstrengungen machen müssen, um selbst mitzuhelfen diese Ernährungskrise zu bannen, so ist es doch notwendig, daß wir auch einiges über die Ursachen dieser Ernährungskrise ausführen.

Daß gerade das Land Niederösterreich und der niederösterreichische Landtag sich heute mit dieser Frage beschäftigen muß, ist schon ein Zeichen für sich. Es wäre weit verständlicher, wenn beispielsweise im Wiener Landtag und im Wiener Gemeinderat ein Notschrei ertönen würde, daß es aber in einem Lande, das zur Gesamternährung soviel beigetragen hat, notwendig ist, muß besondere Ursache haben. Diese Ursachen sind, daß Niederösterreich im Gegensatz zu den anderen Bundesländern an den Nachkriegsfolgen besonders zu leiden hat. Die Befreiung Niederösterreichs ist gerade in die Zeit des Anbaues gefallen. Tausende von Hektar Grund mußten daher brach liegen bleiben, andere bebaute Fluren sind vernichtet worden, so daß ein ungeheurer Ausfall an der Ernte zu verzeichnen war. Daraus müssen wir für das kommende Jahr die entsprechenden Schlüsse ziehen. Wenn man erklärt hat, daß unsere Sorge sich hauptsächlich darauf richten muß, wie wir über die nächsten vier Monate hinwegkommen, so gilt es natürlich, jetzt unmittelbar Hand anzulegen, damit der Frühjahrsanbau gesichert werde, weil wir sonst im nächsten Jahr vor einer noch größeren Krise stehen würden. Wir müssen also dafür sorgen, daß kein Fleckchen Grund und Erde unbebaut bleibt und auf diesem Gebiete müssen noch manche Maßnahmen getroffen werden. Es kommt jetzt vor, daß sich viele Menschen um ein Stückchen Grund bewerben. Man muß ihnen diesen Grund auch zuweisen, damit sie die Möglichkeit haben, in ihrem engeren Kreise auch für die Hebung der Ernährung mitzuhelfen. Es ist ein großer Mangel nicht nur an Saatgut, an Bespannung usw. fühlbar, sondern insbesondere auch an Arbeitskräften. Es sind noch Tausende und Tausende von Bauernsöhnen und Bauern selbst noch nicht in die Heimat zurückgekehrt und die ausländischen Saisonarbeiter, die hier waren, sind in ihre Heimat abgewandert. Es muß daher für einen entsprechenden Ersatz gesorgt werden. Aber auch die Abwanderung der vielen tausende Arbeiter, die in unserem Lande nicht in der Landwirtschaft, sondern in der Kriegsindustrie beschäftigt waren, hat mit dazu beigetragen, daß heute eine so große Not an Arbeitskräften ist. Gleich einem Heuschreckenschwarme haben sie das Land verlassen und es ist alles kahl zurückgeblieben. Man braucht nur in die Grenzgebiete zu schauen, die durch diese Umstände zu Notstandsgebieten geworden sind.

Wir müssen alles tun, um den Anbau zu sichern und dazu möchte ich folgendes anregen:

Es werden jetzt über höheren Auftrag viele Menschen ihres Dienstes enthoben, weil sie politisch belastet sind. Man soll aber ja nicht wieder den Fehler machen, diese Leute zum Spazierengehen zu verurteilen, sondern man soll sie in den Dienst des Wiederaufbaues stellen, indem sie in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Eine Umschulung wird wohl notwendig sein. Viele Menschen sind letzten Endes vom Lande gekommen, so daß die Schwierigkeiten der Umschulung nicht unüberwindlich sein werden. Wenn wir wissen, daß in Niederösterreich so ein großer Mangel an Lebensmitteln vorhanden ist, so wird das begreiflich, wenn wir hören, daß allein der Ausfall an Nutz- und Zuchtvieh in unserem Lande den Betrag von einer viertel Milliarde erreicht hat. Das in einer kurzen Zeit nachzuholen ist natürlich nicht möglich. Das größte Hindernis ist aber noch immer wieder die Demarkationslinie. Es hat eine Zeit gegeben, wo viele Menschen erklärt haben, Österreich mit seinen sechs Millionen Einwohnern und in seinen engen Grenzen sei nicht lebensfähig. Um so weniger kann ein Land wie Niederösterreich und Wien, das auf einem engen Gebiet die Hälfte dieser sechs Millionen Menschen beherbergt, sich selbst helfen. Eine wesentliche Erleichterung in der Ernährung würde eintreten, wenn, um nur ein Beispiel zu sagen, Wien und das Land Niederösterreich aus eigenem mit Frischmilch versorgt werden könnten und das Fett und die Butter von den Alpenländern bekämen, was ja schon immer eine natürliche Sache war und was früher oder später wieder wird sein müssen. Es muß offen gesagt werden, daß in manchen Bauerngegenden eine Not herrscht und daß Überschußgebiete beispielsweise in Kartoffeln heute Notstandsgebiete sind und auf Saatgut warten, weil sie selbst nichts mehr haben. Das kann uns aber nicht hindern, es offen auszusprechen, daß wohl der größte Teil der Bauernschaft gewissenhaft seine Pflicht erfüllt hat, daß es aber nichtsdestoweniger eine große Anzahl von Saboteuren gibt, die ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Wenn in den nächsten Tagen und Wochen eine zweite Hofbegehung durchgeführt wird, müssen wir verlangen, daß der Bauer, der seiner Verpflichtung nicht nachgekommen ist, nicht nur dazu verhalten wird, sondern auch einer strengen Bestrafung zugeführt wird, und zwar als abschreckendes Beispiel für die Zukunft. *(Zustimmung.)* Schließlich und endlich fällt der Vorwurf immer auf die Gesamtheit zurück. Das müssen wir verhindern und zurückweisen.

Die UNRRA. hat, soweit wir gehört haben, zugesagt, daß sie die Forderungen der Landwirtschaft in Bezug auf die Saatgutbestellung voll erfüllen wird. Hoffen wir, daß dieses Saatgut auch rechtzeitig bei uns einlangt.

Eine Bitte müssen wir an die Besatzungsmacht richten. Es ist im Vorjahre ein ungeheurer Schaden dadurch entstanden, daß die Fluren vernichtet worden sind. In diesem Frühjahr muß das verhindert werden. Wenn ich heute in der Zeitung lese, daß gestern auf einer Konferenz in Wien verlangt worden ist, daß die Ausmahlung von Getreide bis 95 Prozent erfolgt und die Verfütterung von Gerste für das Vieh verboten wird, dann müssen wir wenigstens den Schutz verlangen, daß der Brotfruchtanbau durchgeführt werden kann und die Winterfrucht nicht vernichtet wird, weil sonst ein unermeßlicher und unersetzlicher Schaden für unsere Ernährung entstehen würde. Ich glaube, alle Parteien dieses Hauses sind sich des Ernstes der Lage bewußt und es wird sicherlich das Hohe Haus diesem heute hier gestellten Antrag zustimmen.

Ich möchte nichtsdestoweniger zum Schluß auch von hier aus einen Appell an unsere gesamte Bauernschaft und an ihre soziale Einsicht und an ihre christliche Nächstenliebe richten, unser Volk vor dem Hungertode zu retten. *(Großer Beifall links.)*

Abg. ZACH: Der heutige Antrag des Herrn Abg. Dr. Steingötter und Genossen hat das Hohe Haus veranlaßt, sich mit der Ernährungslage etwas näher zu befassen.

Ich möchte einleitend ein kleines Beispiel anführen. Wenn wir in den vergangenen Monaten die Berichte über die öffentlichen Versammlungen und die Presse durchsahen, mußten wir zu unserem Leidwesen feststellen, daß mit dem Wichtigsten, was wir brauchen, nämlich mit dem Brot, nicht immer richtig umgegangen wurde. *(Rufe: Sehr richtig!)* Ich habe folgendes Bild vor mir. Vor einem kleinen, von allen möglichen Katastrophen vollständig zerfetzten und zerzausten Häuschen steht die weinende Mutter, die sagt, wir haben nichts mehr zu essen, wir müssen verhungern. Hinter der Mauer steht aber der Bub und ruft: „Mutter, geh hinein, sonst ißt der Vater allein das Schnitzel!“ Die Vorübergehenden, die helfen wollten, sagten, wenn drinnen Schnitzel gegessen werden, kann es mit der Not nicht so arg sein.

Der heutige Antrag, die Ernährungsfrage als Gegenstand der Erörterung in der Beratungsstube zu nehmen, wird seinen Zweck für die Zukunft vollauf erfüllen, wenn ein edler Wettstreit entsteht, um alles das, was an Lebensmitteln noch vorhanden ist, aufzubringen. Es wird notwendig sein, daß vor allem anderen der Grundsatz der Einheitlichkeit der Ernährung in ganz Niederösterreich einmal ganz durchgeführt

wird. Von dieser Forderung darf nicht abgegangen werden. Es ist nämlich nicht einzusehen, daß das Land, das die meisten Bombenangriffe und die größten Kriegsschäden gehabt hat, auch in der Ernährungsfrage am schlechtesten behandelt wird, so daß es das Aschenbrödel in wahrstem Sinne des Wortes bleibt.

Es wird daher notwendig sein, daß der siebengliedrige Ausschuß dahin wirkt, daß der Ernährungsminister bei den zuständigen Stellen und vor allem bei der Alliierten Kontrollkommission die Einheitlichkeit der Ernährung endlich durchsetzt.

Wenn der sehr verehrte Herr Antragsteller gesagt hat, daß die erste Hofbegehung etwas überstürzt war, dann sage ich, die Kontrolle soll in der Regel unerwartet und rasch kommen. Die sogenannte überstürzte Hofbegehung war daher vielleicht sehr gut, weil man damit gewissermaßen eine Vorschau halten konnte. Für die nächste Hofbegehung werden die Herren des Ernährungsbeirates dem Ernährungsreferenten beratend und helfend zur Seite stehen, damit eine gründliche Hofbegehung kommt.

Der Mangel an Arbeitskräften ist schon aufgezeigt worden. In den nächsten Wochen werden die letzten ausländischen Arbeiter unser Land verlassen müssen. Ich gebe zu, daß dies eine kleine Entlastung auf dem Ernährungssektor, wohl aber auch eine große Belastung auf dem Arbeitsmarkt bringen wird. Es wird daher notwendig sein, daß dieselbe Härte, die notwendig ist, um die Nahrungsmittel aufzubringen, auch bei der Herbeibringung des letzten Arbeiters angewendet wird. Es ist unmöglich, daß es in den Städten, wo sich die Schutthaufen türmen, noch Leute gibt, die mit der Hand im Hosensack herumsitzen und raunzen, daß nichts weitergeht und über die schlechte Ernährungslage schimpfen, aber nicht selbst Hand anlegen. Notzeiten brauchen außergewöhnliche Mittel und es muß daher jeder in diesem Staate dahin gebracht werden, daß er sich in die Gemeinschaft einreiht und bei der Arbeit mit dabei ist.

Es ist notwendig, daß die Bundesregierung unermüdlich bestrebt ist, die armen Kriegsgefangenen alle heimzubringen, weil dies einem Gebote der Menschlichkeit entspricht. Wer selbst vier, fünf oder noch mehr Jahre in Gefangenschaft war, weiß, welch wohltuende Wirkung es für die Kriegsgefangenen ist, wenn sie hören, daß sich die Daheimgebliebenen bemühen, daß sie heimkehren können; dann tragen sie die Last der Gefangenschaft viel leichter. Dann wird es aber auch mehr Arbeiter geben. Es ist auch notwendig, daß die Heimkehrer nicht sofort mit Jammern und Geraunze empfangen werden, denn diesen Leuten muß man den Glauben an die Heimat erst wieder beibringen. Man muß sie daher in der Heimat entsprechend empfangen.

Es ist schon gesagt worden, daß die Demarkationslinien in wirtschaftlicher Beziehung sehr schädlich sind. Sie sind auch in anderen Fragen sehr unerwünscht, weil das Auseinanderleben schon solche Formen annimmt, daß es höchste Zeit ist, daß diese Schranken endlich fallen. Es würde sonst zu der Kluft, die ohnehin schon zwischen Stadt und Land besteht, noch eine andere kommen, nämlich die Kluft zwischen den einzelnen Besatzungsgebieten. Es muß daher alles aufgewendet werden, um diese Dinge sobald als möglich zu ordnen.

Um eines möchte ich noch bitten, daß nämlich das Wort von der Bodenreform nicht so sehr abgegriffen wird. Man soll weniger im allgemeinen davon sprechen, sondern positive Vorschläge machen, denn sonst wird sich herausstellen, daß wir von der Bodenreform und Wiederbesiedlung wohl sprechen, aber keine freudigen Arbeiter für den Boden finden. Gerade die letzte Zeit hat ein Beispiel gegeben, daß es möglich gewesen wäre, Boden wieder zurückgewinnen, daß sich aber die ehemaligen Besitzer nicht bereiterklärt haben, zurückzukehren. Die Freude am Boden muß wieder geweckt werden und daher ist es notwendig, daß man heute der Bauernschaft, die voll und ganz ihre Pflicht getan hat, sagt: Ihr habt brav mitgeholfen, daß wir den Winter, der drohend vor der Türe gestanden ist, besser überstanden haben als alle geglaubt haben, und zwar aus dem Grunde, weil alles aufgeboten wurde.

Ich schließe mich dem Dank des Herrn Abgeordneten Tesar an den Herrn Landeshauptmann, den Ernährungsreferenten sowie allen Mitarbeitern an. Der größte Dank gebührt aber der Bauernschaft Niederösterreichs, die so viel Unbill und Unheil über sich ergehen ließ und trotzdem ihre Pflicht bis zum äußersten getan hat. Dank gebührt aber auch der Bauersfrau, die in der vordersten Reihe der Arbeitenden und Helfenden gestanden ist.

Wenn es mit der Bodenreform so gehen würde, wie mit der sogenannten Sozialisierung im Jahre 1919, die nicht von rein wirtschaftlichen, sondern von anderen Gesichtspunkten aus aufgezogen wurde, dann würde sich das nicht nur zum Schaden der Arbeiterschaft in den Industriebezirken, sondern auch zum Schaden des ganzen Staates und Volkes auswirken. Jahrzehnte müßte dann für die Verluste gespart werden, die dadurch entstanden sind. Wir müssen uns daher aufraffen und einig zusammenstehen, um in edlem Wettstreit zwischen den einzelnen poli-

tischen Parteien die besten Vorschläge herauszuarbeiten, wie man diese Bodenreform einer wirklich gedeihlichen Lösung zuführen kann.

Damit alle Parteien im Ernährungsausschuß vertreten sind und mittun können, stelle ich den Antrag, daß die Zahl der Mitglieder dieses Ausschusses von sieben auf acht erhöht wird. *(Beifall rechts.)*

Abg. KREN: Hoher Landtag! Wenn ich zur Ernährungsfrage das Wort ergreife, so tue ich das aus der Erkenntnis heraus, daß die Frau die größte Leidtragende in dieser Beziehung ist. Wir sind in ein Stadium eingetreten, das für uns Frauen und ganz besonders für die Arbeiterfrauen eine Gefahr geworden ist. Ich sage für uns Arbeiterfrauen, weil von meinem Vorredner gesagt worden ist, daß die Bauernfrau das größte Opfer bringt. Wenn ich nun erkläre, daß die Arbeiterfrauen ein ungleich größeres Opfer bringen mußten, so kann ich es auch beweisen. Die Arbeiterfrauen mußten nicht nur ihren eigenen Haushalt führen, sondern sie waren auch noch gezwungen, an den Maschinen zu arbeiten und sieben Jahre hindurch die Entbehrungen zu tragen. Sie mußten nicht nur die Entbehrungen in der Lebensweise tragen, sondern sie hatten auch die Sorge um ihre eingerückten Männer und um ihre Kinder, die sich selbst überlassen waren. Es ist daher begründet, was ich gesagt habe. Jetzt ist aber die Arbeiterfrau nicht mehr in der Lage, auch nur einigermaßen ein Mittagessen für ihre Kinder und für ihre Angehörigen herzustellen. Wenn Sie, wie ich, in die Haushalte der Arbeiterfamilien kommen und dort sehen würden, was diese Menschen essen und was sie für ihre Kinder haben, dann würden Sie manchmal nicht begreifen, wie es überhaupt möglich ist, daß diese Kinder wachsen und gedeihen können. Wie wir alle wissen, braucht jede Pflanze ihre Nahrung, damit sie wachsen kann und nicht frühzeitig verwelkt. Wenn wir die Arbeiterkinder sehen und in ihre vorwurfsvollen Augen schauen, die uns sagen, sie haben Hunger, dann ist es selbstverständlich, daß wir alle zusammenstehen müssen, um endlich den Vorwurf aus den Kinderaugen zu bannen. Diese Kinder können und werden nicht begreifen, warum sie soviel zu leiden haben, warum ihnen die Mutter täglich sagen muß, wir haben kein Brot und können auf nichts hoffen. In den meisten Haushalten der Industriegebiete fehlen auch die Kartoffeln. Vielleicht ist es in einigen Gebieten möglich gewesen, die Haushalte wenigstens zum Teil zu versorgen. Aber auch dort werden sie schon in den nächsten Tagen aufgezehrt sein. Die Mütter müssen dann den Kindern sagen, wir haben nichts. Der Vorwurf, der aus den Kinderaugen spricht, trifft uns alle, denn wir hätten vorsorgen sollen, daß solche Folgen überhaupt nicht eintreten. Wir wußten ja, daß die Zeit kommen wird, wo wir diesen Kindern nicht mehr das Nötige geben können. Die Kinder sind aber unsere Zukunft und für sie müssen wir daher alles einsetzen. Die Bauern müssen wir aufrufen, ihr Möglichstes zu geben, wenn jetzt die Hofbegehungen kommen. Ich weiß, daß es in vielen Gebieten brave Bauern gegeben hat, die abgeliefert haben, denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, über diese schwere Zeit hinwegzukommen. Andererseits aber gibt es viele Bauern, die keine Rücksicht auf die Not der anderen Menschen nehmen. Ich kenne Bauern, die glauben, wenn sie das abliefern, wozu sie verpflichtet werden, schon ihre Pflicht ganz erfüllt zu haben.

Ich will an alle Bauern und Produzenten appellieren, daß sie bei den Hofbegehungen alles das für die arbeitende Bevölkerung, die schließlich wieder nur für die Bauernbevölkerung, für die landwirtschaftliche Bevölkerung, an den Maschinen steht, hergeben, was sie entbehren können. Nur so kommen wir über die schwerste Zeit hinweg.

Ich schließe mich dem Vorredner an, der sagte, wir können uns nicht allein auf die UNRRA.-Hilfe verlassen, denn wir wissen doch alle, wie es mit solchen Hilfen aussieht. Es wird gewiß geholfen werden, aber nicht so, daß wir alle davon leben können. Ich bin überzeugt, daß wir diese ausländische Hilfe nicht in einem solchen Ausmaß erwarten dürfen, daß wir davon leben können; Sie werden daher alle begreifen, daß wir zur Selbsthilfe schreiten müssen.

Wir müssen jedes Fleckchen Erde bebauen. Wenn daher ein Arbeiter zu Ihnen kommt und ein Stückchen Boden verlangt, wenn es noch so klein ist, so sollen Sie ihm den Boden geben. Die Arbeiterfrauen sind ja bestrebt, neben ihren beruflichen Aufgaben auch noch Gemüse zu ziehen, damit sie ihre Kinder über die schwerste Zeit hinüberbringen. Die Arbeiterfrauen sind bestrebt, diese große Last auf sich zu nehmen, was ein Beweis dafür ist, daß sie gewillt sind, für den Wiederaufbau Österreichs alles zu tun, was in ihrer Kraft steht.

Wir begreifen also, daß es endlich so weit kommen soll, daß wir zur Selbsthilfe greifen und ich hoffe, daß die Bauern so viel Verständnis aufbringen und der Arbeiterschaft entgegenkommen.

Es liegt mir noch etwas am Herzen. Es soll in Zukunft nicht mehr vorkommen, daß, wenn eine Arbeiterfrauendeputation zur Landesregierung kommt und dort vorstellig wird, sie nur

mit schönen Worten getröstet wird und nichts anderes bekommt als ein warmes Mittagessen.

Das hat mir eine Frau in der letzten Zeit erzählt. Es war für sie beschämend, daß sie sich mit einem Mittagessen abfinden lassen mußte. Hoher Landtag! So etwas soll nicht vorkommen. Diese Arbeiterfrauen haben aus ihrer Verzweiflung heraus keinen anderen Ausweg mehr gewußt, als daß sie an kompetenter Stelle vorstellig wurden, wo sie sich Hilfe erwartet haben. Nur aus der Verzweiflung heraus können Frauen zu so etwas bewogen werden. Wenn es nicht wirklich äußerst notwendig ist, da kenne ich die Frauen viel zu genau, werden sie einen solchen Schritt nicht unternehmen.

Ich hoffe, wenn in Zukunft solche Deputationen zu Ihnen kommen, daß sie entsprechend empfangen werden. Wir sind jetzt in ein Stadium gekommen, das untragbar geworden ist. Die Arbeiterfrau kann sich nicht mehr helfen, sie weiß nicht, was sie ihren Angehörigen geben soll.

Ich will zum Schluß an die Landesregierung und an alle kompetenten Stellen appellieren, alles zu unternehmen, damit wir aus dieser schwierigen Zeit herauskommen. Wir müssen den Anschluß erreichen, und zwar so, daß wir nicht nur auf die UNRRA.-Hilfe allein angewiesen sind, sondern daß wir uns selbst helfen. Nur mit vereinten Kräften können wir ein schönes und neues Österreich wieder aufbauen. *(Beifall links.)*

Landesrat Abg. STEINBÖCK: Hohes Haus! Als Leiter des Ernährungsreferates begrüße ich diesen heutigen Dringlichkeitsantrag, der beinhaltet, daß ein Ernährungsbeirat geschaffen werden soll, der mich in allen Fragen der Ernährung zu beraten haben wird. Ich möchte aber heute schon die Gelegenheit wahrnehmen, als Ernährungsreferent gewissermaßen einen kleinen Tätigkeitsbericht zu erstatten.

Sie alle wissen, daß die Nationalsozialisten bei ihrem Abzug alle Unterlagen verbrannt, bzw. vernichtet haben. Das Ernährungsreferat mußte daher gewissermaßen aus dem Nichts heraus geschaffen werden. Wir alle wissen, daß im Zuge der Ereignisse jeder Bezirk bestrebt war, sich selbst zu erhalten. So ist gewissermaßen eine Bezirksautarkie entstanden. Es war daher unsere Aufgabe, diese Bezirksautarkie im Interesse unserer Notstandsgebiete zu brechen. Das war gewiß keine leichte Aufgabe, nachdem auch die Beamten, die sich mit Ernährungsfragen befaßt haben, alle fort waren. Es mußte daher auch erst ein neues Personal geschult werden, das darangegangen ist, die berühmte Autarkie zu brechen und eine einheitliche Ernährung im Lande Niederösterreich zu gewährleisten. Mein besonderes Augenmerk habe ich immer auf die Notstandsgebiete gerichtet und ich kann Sie versichern, daß ich alles darangesetzt habe, das Nötigste in die Notstandsgebiete zu bringen. Der Krieg hat eben seine Folgen. Es sind Verkehrsschwierigkeiten entstanden, die Bahnen sind stillgestanden, die Autos sind teilweise verschleppt und vernichtet worden und Verkehrsmittel sind überhaupt nur sehr wenige zur Verfügung gestanden. Es war ein hartes und schweres Beginnen.

Die Ernte des vergangenen Jahres wurde von einem Redner heute schon gestreift. Sie war nicht so, daß sie uns getrost in die Zukunft hat blicken lassen. Durch die Kriegshandlungen sind Tausende von Hektar Boden nicht bebaut, sondern verwüstet worden und sehr viel Vieh wurde in einem hohen Prozentsatz unseres Bestandes verschleppt oder vernichtet. Das alles wirkt sich natürlich in der gesamten Ernährungsfrage aus. Noch dazu hat die liebe Natur das Ihrige dazu beitragen. Es war doch zuwenig Regen, es herrschte eine große Dürre. Ich bin selbst Bauer und kann das aus eigener Wahrnehmung bestätigen. Wir haben uns deshalb einen Ernährungsplan zurechtgelegt, und zwar aus der Erkenntnis heraus, daß wir von außen her keine Hilfe zu erhoffen haben, zumindest nicht für den Winter, und so mußten wir für unsere Normalverbraucher einen Kaloriensatz von zirka 800 bestimmen, um so mit den eigenen Produkten des Landes das Auslangen zu finden. Vor kurzem ist man darangegangen, den Kaloriensatz von 800 auf 1500 für Normalverbraucher zu erhöhen, bei den Arbeitern mit über 2000 und bei den Schwerarbeitern mit 2800 Kalorien festzusetzen. Wir können kein Fett erzeugen, weil wir keine Urprodukte haben und es auch an den nötigen Ölfrüchten fehlt. Wir können aber auch nicht Butter erzeugen, weil wir für die Kinder und für die Kranken die Milch nach Wien schicken müssen. Infolgedessen können wir auch nicht die Fettration erhöhen. Es fehlt weiters auch an Zucker, da wir im heurigen Jahre keine diesbezügliche Produktion hatten. Die Erhöhung des Kaloriensatzes ist daher einzig und allein auf Kosten der Getreidefrüchte gegangen.

Wenn wir bedenken, daß wir in einer Kartenperiode zirka 14.000 Tonnen Brotgetreide brauchen, so kann man sich die Menge errechnen, die die österreichische Landwirtschaft und unsere Bauern aufbringen müssen. Sie haben ihre Pflicht erfüllt. Ich stehe aber auch nicht an, hier zu erklären, daß alle diejenigen, die ihre Pflicht nicht erfüllt haben, der strengsten Strafe zugeführt werden. Es sind das sicherlich Saboteure, die bei allen Gruppen und so auch bei

der Bauernschaft vorhanden sind. Diese gehören entsprechend bestraft, das ist auch unsere Meinung.

Die UNRRA. hat uns beim ersten Transport 8000 Tonnen Weizen angekündigt, eingelangt sind aber tatsächlich nur 7600 Tonnen. Von diesen wurden 1500 Tonnen für Tirol und Vorarlberg über Auftrag der Alliierten Militärkommission abgezogen und 1000 Tonnen für Wien verwendet, so daß nur der Rest für Niederösterreich und Burgenland verblieb. Auf Niederösterreich werden zirka 4400 Tonnen entfallen. Ich habe schon erwähnt, daß bei einer Kartenperiode 14.000 Tonnen erforderlich sind und somit verbleiben noch zirka 10.000 Tonnen Brotgetreide zur Erfüllung unserer Pflicht.

Ich kann hier garantieren, daß für die laufende Kartenperiode das Auslangen gefunden wird. Was aber die nächste Kartenperiode anbelangt, so wird zweifellos die UNRRA. rechtzeitig einsetzen müssen, um zu verhindern, daß ein Brotmangel oder gar eine brotlose Zeit entsteht.

Wir erklären, daß die Hofbegehungen neuerdings strengstens durchgeführt werden. In meinem Bezirk sind sie bereits zweimal ganz radikal durchgeführt worden. Ich muß aber dabei feststellen, daß das Ergebnis kein zu großes ist. Wir können mit Recht behaupten, daß die Bauernschaft bereits restlos ihre Pflicht erfüllt hat.

Wir wollen hoffen, daß die UNRRA. rechtzeitig uns ihre Hilfe angedeihen lassen wird.

Der Frau Abg. Kren möchte ich schon auf ihre Frage wegen des Mittagessens mitteilen, daß eine Deputation, bestehend aus 30 Frauen aus Mödling, beim Herrn Landeshauptmann vorgesprochen und dort ihre Wünsche vorgebracht hat. Der Herr Landeshauptmann, der in jeder Beziehung bemüht und bestrebt ist, das Bestmögliche punkto Ernährung zu tun und zu veranlassen, hat auch diesen Mödlinger Frauen ihre Wünsche, soweit es eben überhaupt möglich ist, restlos erfüllt. Sie wissen, daß ich erst seit vorgestern wieder als Ernährungsreferent tätig bin, nachdem ich ans Krankenbett gefesselt war. Jedenfalls bin ich überzeugt, daß der Herr Landeshauptmann alles dasjenige versprochen hat, was überhaupt menschenmöglich ist.

Was die Kartoffellieferungen anbelangt, so sind sie im Anrollen, es muß aber das Saatgut zurückbehalten werden und wir fordern, daß die anderen Kartoffeln der menschlichen Ernährung restlos zugeführt werden. Es sind Kartoffelzüge aus den Bezirken Groß-Gerungs, Amstetten usw. bereitgestellt, die für die Notstandsgebiete Kartoffeln heranbringen sollen. Daher hat auch der Herr Landeshauptmann dieser Deputation der Mödlinger Frauen Kartoffeln zugesprochen. Es sollte das aber nicht etwa als ein Almosen oder als eine Gnade betrachtet werden, weil der Herr Landeshauptmann — nachdem die Frauen erklärt haben, sie haben Hunger — sie eingeladen hat und ihnen ein Mittagessen in der Landhausküche hat verabreichen lassen, damit sie nicht hungrig nach Hause gehen müssen. Das ist jedenfalls besser gewesen, als wenn er diese Frauen hätte hungrig nach Hause gehen lassen. Das ist vielmehr dem Herrn Landeshauptmann hoch anzurechnen.

Die Frage der Landwirtschaft wurde hier schon öfter erörtert. Ich bin selbst Bauer und kenne die Not der Bauernschaft in unserem Gebiet. Alle Flüchtlinge sind abgezogen und die Bauern stehen jetzt ohne Arbeitskräfte da.

Bei diesem Anlaß möchte ich daher an alle Parteien appellieren, alles daranzusetzen, daß es der Landwirtschaft ermöglicht wird, durch Unterstützung mit Arbeitskräften den Frühjahrsanbau restlos zu tätigen. Der Frühjahrsanbau erfordert sehr viel Arbeit. Der Hafer-, Gerste- und Hackfruchtanbau sowie der Gemüseanbau usw. erfordern sehr viel Vorbereitungen und sehr viel Arbeit und wenn die Bauern da auf sich allein angewiesen sind, sind sie eben nicht in der Lage, alles restlos bestellen zu können. Wir müssen daher an die Regierungsstellen herantreten, damit sie alles veranlassen, daß diejenigen, die derzeit keine Arbeit haben, in den Dienst der Landwirtschaft gestellt werden, damit dieser Frühjahrsanbau restlos getätigt werden kann.

Es ist von mehreren Seiten festgestellt worden, daß die Landwirtschaft zweifellos ihre Pflicht erfüllt hat. Heute müssen wir aber noch mit Bedauern feststellen, daß, obwohl alle nazistischen Einrichtungen, wie Gesetze usw. abgeschafft sind, die nazistische Preispolitik noch bis heute geblieben ist. Wenn ich darauf verweise, daß die landwirtschaftlichen Produkte vor dem Einmarsch der Nationalsozialisten im Preise um 50 Prozent höher waren als sie heute sind und wenn ich auch darauf verweise, daß bis zum Einmarsch der Nationalsozialisten die Arbeitslosen besser gelebt haben als zur Zeit der Nationalsozialisten, so ist es gewiß gerechtfertigt, wenn man der Landwirtschaft wieder gerechte Preise gibt. Wenn man der Landwirtschaft gerechte Preise gibt, so wird sie noch arbeitsfreudiger und der Bauer gibt das Letzte aus sich heraus, weil er sich eben seiner Pflicht bewußt ist.

Ich möchte daher bitten, daß Sie in der Frage der gerechten Preiserstellung Ihre Zustimmung geben sollen.

Ich möchte an jene Bauern appellieren, die restlos ihre Pflicht erfüllt haben, daß sie jedes Kilogramm Vorrat, das sie nach dem Anbau noch haben, ebenfalls zur Ablieferung bringen und der Volksernährung zuführen. *(Beifall.)*

PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. STEINGÖTTER: Die Behandlung des Antrages hat gezeigt, daß die Redner aller im Hause vertretenen Parteien sich für den Antrag aussprechen. Wir danken Ihnen für dieses Entgegenkommen. Es ist ja selbstverständlich, denn es handelt sich hier doch um eine Angelegenheit, die die ganze Bevölkerung unseres Landes betrifft, von der wir wissen, daß sie schwer geprüft ist und ein Recht darauf hat, daß ihr geholfen werde.

Ich möchte nur selbst beantragen, daß in Punkt 1 eine Änderung in dem Sinne vorgenommen wird, daß in Anlehnung an den Antrag des Herrn Abgeordneten Zach statt des siebengliedrigen ein achtgliedriger Ernährungsbeirat geschaffen wird. Ich bitte daher den Herrn Abgeordneten Zach, seinen Antrag zurückzuziehen, damit die Abstimmung leichter vor sich gehen kann. *(Zustimmung.)*

Ich danke nochmals dem Hohen Hause und wir erwarten, daß die Durchführung dieses Antrages eine fühlbare Erleichterung der schweren Ernährungslage unserer Bevölkerung mit sich bringen wird.

Wir erwarten auch, daß sowohl der Ernährungsbeirat als auch die Landesregierung im Einvernehmen mit dem Ernährungsamte alles daransetzen werden, um die besonders schwierige Lage, vor der wir stehen, zu meistern. Wir hoffen, daß sie auch alles daransetzen werden, um die besonders schwierige Frage bezüglich der Verteilung, Aufbringung und Abgabe der Nahrungsmittel so weit lösen werden, daß wir in Zukunft nicht mehr vor solchen Schwierigkeiten stehen, die dem Zweck der Einrichtungen hinderlich sind.

Ich bitte, den geänderten Antrag zum Beschluß zu erheben.

PRÄSIDENT: Nachdem der Antrag des Herrn Abgeordneten Zach in den Antrag des Herrn Referenten mit aufgenommen wurde, werde ich diesen Antrag unter einem zur Abstimmung bringen. *(Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag.)* Angenommen.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Um 14 Uhr werden der Finanzausschuß, der Fürsorgeausschuß, der Verfassungsausschuß und der Wirtschaftsausschuß ihre Sitzungen abhalten.

Die nächste Sitzung findet morgen, Freitag, den 22. März 1946, um 10 Uhr vorm. statt. Die Sitzung ist geschlossen.

*(Schluß der Sitzung um 12 Uhr 18 Min.)*

Druck „Albrecht Dürer“ KG., Wien VIII., Strozzigasse 8.